

Wiesbadener Neueste Nachrichten

Wiesbadener General-Anzeiger

Ämtliches Organ der Gemeinden Muringen, Breckenheim, Flörsheim, Frauenstein, Wassenheim, Medenbach, Naurod, Nordenstadt, Rimbach, Schierlein, Sonnenberg, Wollau.

Bezugspreis	Durch Erzeugnisse	Ausgabe A	Ausgabe B
mit Postzuschlag (bei 1000 Stk.)	monatlich 1.10	monatlich 1.10	monatlich 1.10
mit Postzuschlag (bei 1000 Stk.)	monatlich 1.10	monatlich 1.10	monatlich 1.10



Bezugspreis	Durch Erzeugnisse	Ausgabe A	Ausgabe B
mit Postzuschlag (bei 1000 Stk.)	monatlich 1.10	monatlich 1.10	monatlich 1.10
mit Postzuschlag (bei 1000 Stk.)	monatlich 1.10	monatlich 1.10	monatlich 1.10

Verlag, Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Nikolausstr. 11. Fernruf: 5915, 5916, 5917.

Jeder Abonnent der Wiesbadener Neuesten Nachrichten (Ausgabe A) ist mit 500 Mark gegen Tod durch Unfall, jeder Abonnent der Wiesbadener Neuesten Nachrichten, der auch die humoristische Wochenschrift „Kochbrunnengeister“ (Ausgabe B) besitzt, insgesamt mit 1000 Mark auf den Todes- und Invaliditätsfall infolge Unfall bei der hiesigen Lebensversicherungsgesellschaft versichert. Bei verheirateten Abonnenten der „Kochbrunnengeister“ gilt dies unter den gleichen Bedingungen auch für die Ehefrau.

Die Hauptgeschäftsstelle ist von 8 morgens bis 7 abends, Sonntags von 12—1 geöffnet.

Wenn Mann und Frau verunglücken, kommen je 1000 Mark, insgesamt also 2000 Mark zur Auszahlung. Jeder Unfall ist binnen einer Woche der hiesigen Lebensversicherungsgesellschaft anzuzeigen, der Versicherung hat sich innerhalb 24 Stunden nach dem Unfall in ärztliche Behandlung zu begeben. Todesfälle müssen sofort, Invalidität aber innerhalb 48 Stunden nach dem Eintritt zur Anmeldung gebracht werden. Jeder die Voraussetzungen der Versicherung gegen die Versicherungsbedingungen aufweist.

Nummer 268

Freitag, den 15. November 1918.

33. Jahrgang

Friedensverhandlungen Ende November.

Englands Kriegsausgaben.

London, 14. Nov. (Wolff-Tel.)
Reuter meldet: Bei Einbringung der letzten Kreditvorlage in Höhe von 700 Millionen Pfund Sterling führte Schatzsekretär Bonar Law u. a. aus: Wir und die anderen Alliierten werden dafür sorgen müssen, Lebensmittel nach Europa zu bringen, was für das Land eine größere Ausgabe, aber keine dauernden großen Kosten bedeuten würde. Die tatsächlichen Ausgaben waren 6308 000 000 Pfund Sterling. In Russland wurden im ganzen 668 Millionen geliehen, an Frankreich 425 Millionen, an Italien 345 Millionen und an die anderen kleinen Staaten 127 Mill. Man könne annehmen, daß die Schuldlast am Ende des Krieges tausend Millionen Pfund nicht übersteigen werde.

Bonar Law verwies auf die Tatsache, daß der Krieg offenbar vorbei sei, und sagte: Der wichtigste Faktor, der zum Siege mit beigetragen habe, sei das enge Verhältnis mit den Verbündeten gewesen. Diese hätten wie eine einzige einheitliche Macht, die einen gemeinsamen Zweck verfolgte, gearbeitet. Es sei von weitestgehender Bedeutung für die Welt, daß diese enge Eintracht fortgesetzt werde und bestehen bleibe, während die Verwicklungen des Krieges wieder gut gemacht würden. Bonar Law sprach die Hoffnung aus, daß eines der guten Ergebnisse des Krieges ein dauerndes besseres Einverständnis mit den Völkern sein würde, mit denen England verbündet sei. Was Amerika betreffe, so sei es für England für unsere Ideale und den aufstrebenden Frieden der zivilisierten Welt von großer Bedeutung, wenn als Ergebnis dieses Krieges das Einverständnis zwischen Amerika und England besser sei als je. Bonar Law sprach von der Notwendigkeit, die Beziehungen zu den Verbündeten zu festigen und die Beziehungen zu den Feinden zu lockern. Er im Unterhaus Reden, woraus man den Eindruck bekam, daß die Italiener nur davon träumen, aus imperialistischen Gründen sich Gebiet anzugewinnen. Das Unterhaus und das Land sollen sich aber daran erinnern, daß Italien bei Ausbruch des Krieges mit den Feinden Englands verbunden war. Es war eine idealistische Bewegung, die Italiener dazu wogte, in den Krieg zu gehen und an der Seite der Alliierten für Gerechtigkeit und Freiheit zu kämpfen. Zum Schluss sagte Bonar Law: Wir erlangen einen großen Sieg, aber wir mühten auch einen hohen Preis dafür zahlen. Wir dürfen das nicht vergessen.

Die Lage in den zu besetzenden Gebieten.

Bonn, 14. Nov.
Der „Köln. Volksk.“ wird von auf unterrichteter Seite mitgeteilt, daß die Einheit der Verwaltung und der Aufsicht zwischen dem linksrheinischen und dem rechtsrheinischen Deutschland auch unter der feindlichen Besetzung gewahrt bleiben wird. Das Kölner Komitee der Katholiken in Rheinland hat im Namen aller deutschen Katholiken an den Papst die Bitte gerichtet, durch seine Vermittlung die drohende Lebensmittelnot für die deutsche Bevölkerung abzuwenden.

K. Wien, 15. Nov. (Wolff-Tel.)
„Tempo“, „Matin“ und „Journal des Debats“ veröffentlichen am Dienstag gleichzeitige Informationen aus dem Ministerium, wonach das linke Rheingebiet, außer Elsaß-Lothringen, von der Entente nur besetzt, aber nicht verwaltet werden soll.

Die Räumung von Elsaß-Lothringen.

Bern, 15. Nov. (Wolff-Tel.)
Pariser Zeitungen melden, daß aus Velfort Genietruppen zur Wiederherstellung der Aufhängebrücken nach dem Elsaß abmarschieren. Insbesondere handelt es sich um die Wiederherstellung der Brücke von Dammertshaus, durch deren Anbahnung die Wiederaufnahme des Eisenbahnverkehrs Paris—Mülhausen—Basel möglich ist.

Aus Paris wird gemeldet, daß die Amerikaner in der Richtung auf Metz und Straßburg vorrücken, wo sie zu Beginn der nächsten Woche eintreffen würden. Die offizielle Übernahme dieser Städte werde durch noch erfolgen. Clemenceau und Poincaré würden dabei anwesend sein.

Die künftigen U. und S.-Mächte gegen die Reichsregierung.

Dresden, 15. Nov. (Wolff-Tel.)
Die Vertreter der Arbeiter- und Soldatenräte von Leipzig, Dresden und Chemnitz veröffentlichen folgenden Protest: Gegen die von der Reichsregierung getroffenen Bestimmungen über die Disziplin im Heere, wonach das Vorgefährtenverhältnis des Offiziers gegenüber den Mannschaften bestehen bleibt und die Soldaten nur befehlende Stimme bei Fragen der Verpflegung, des Urlaubs und der Verhängung von Disziplinarstrafen haben sollen, protestieren wir auf das Entschiedenste, weil wir darin die Preisgabe wichtiger revolutionärer Grun-

denz zum Nachteil des Proletariats sehen. Wir fordern die Reichsregierung auf, jene Bestimmungen sofort aufzuheben und zu veranlassen, daß die Arbeiter- und Soldatenräte die Bestimmenden auch in dieser Frage sind.

Der Beginn der Friedensverhandlungen.

K. Basel, 15. Nov. (Wolff-Tel.)
Die „Morningpost“ meldet aus Paris: Der Versailler Kriegsrat ist am Dienstag in die Beratung der Friedensbedingungen eingetreten. „Die Times“ meldet: Die Friedensverhandlungen beginnen in der letzten Novemberwoche.

London, 15. Nov. (Wolff-Tel.)
Reuter meldet: Der Londoner Korrespondent des „Manchester Guardian“ erzählt, daß Wilson endgültig beschlossen habe, zur Friedenskonferenz zu kommen. Er wird vor Mitte Dezember in London erwartet.

Berlin, 15. Nov. (Wolff-Tel.)
Wie wir zuverlässig erfahren, ist dem Abg. Erberger eine sehr wesentliche Rolle bei der Führung der Friedensverhandlungen zugeordnet.

Der Reichstag gilt als aufgelöst.

Berlin, 15. Nov. (Wolff-Tel.)
Im Reichstag anwesenden Abgeordneten wurde gestern erklärt, daß das Haus heute für alle Abgeordneten geschlossen werden würde, da der Reichstag als aufgelöst betrachtet wird.

Wie das „V. L.“ hört, hat der preussische Rat der Volksbeauftragten heute das preussische Landtag als aufgelöst erklärt. Das Herrenhaus ist nach der Verfassung bekanntlich unauflöslich.

Die Einberufung der Nationalversammlung.

Berlin, 15. Nov. (Wolff-Tel.)
Der Reichskanzler Ebert hat gestern einem Mitarbeiter der „Voss. St.“ u. a. folgendes mitgeteilt: Wir sind fest entschlossen, die Konstituante so schnell wie irgend möglich einzuberufen. Wir haben bereits die Vorbereitungen getroffen und glauben bestimmt, im Januar an den Wahlen zu gelangen. Ich glaube auch, daß Ihr Einwand, der Friedenskongress würde bis zur Nationalversammlung vertagt werden müssen, nicht haltbar ist, daß vielmehr der Kongress ganz unabhängig von der Eröffnung dieser konstituierenden Versammlung beginnen kann.

Am Vespätsch über die Note Wilsons sagte der Reichskanzler: Wir haben heute Besprechungen mit den Führern der Parteien gehabt, die dahin gehen, daß alles Notwendige sofort bereitgestellt wird, um die von Amerika bewilligten Nahrungsmittel so rasch wie möglich ins Land zu bringen.

Ein Putschversuch der Spartakusleute?

Berlin, 15. Nov. (Wolff-Tel.)
Die Gefahr eines Putsches der Spartakusgruppe wird in Regierungskreisen als sehr ernst angesehen; allerdings erwartet man, daß er sehr schnell und blutig unterdrückt werden dürfte. Man weiß, daß die Spartakusleute zum äußeren Entschluß sind und über eine Schär verzweifelter Draufgänger verfügen, die in der ersten Vermischung Waffen an sich zu bringen mühen. Die Berliner Garnison ist bereit, wie aus zuverlässigen Erkundungen hervorgeht, für Freiheit und Ordnung einzutreten; allerdings ist sie, gemäß dieser Einsicht, nicht geneigt — es sei denn im äußersten Notfall — von den Waffen Gebrauch zu machen. Dagegen gehen die Anhänger der Spartakusgruppe auf Angriff und Herausforderung aus und schreien es besonders auf das preussische Abgeordnetenhaus und das Herrenhaus, den Sitz des Arbeiter- und Soldatenrates, abzuschießen zu haben. Die einzelnen Glieder der Regierungshilfe, darunter das Reichskanzleramt, sind am Donnerstag nachmittags mit bedeutend verstärkten Wachen versehen worden. Ebenso hat man den Reichstag von verdächtigen Elementen gesäubert. Es heißt, daß die Spartakusgruppe verurteilt habe, in einzelne Räume des Reichstages Wachen, insbesondere Gendarmen, einzuschleusen.

Der Kaiser.

K. Basel, 15. Nov. (Wolff-Tel.)
Aus dem Haag wird vom Mittwoch gemeldet: Die holländische Regierung hat dem deutschen Kaiser und seinem Gefolge auf Widerruf das Verweilen auf niederländischem Boden genehmigt, sofern sich der gewesene Kaiser mit seinem Gefolge den allgemeinen Vorschriften für Kriegsinvalide unterwirft.

Internierung des Kronprinzen.

Haag, 15. Nov. (Wolff-Tel.)
Es wird beabsichtigt, den früheren Kronprinzen mit zwei Begleitern bei Venedig zu internieren. Die beiden anderen Offiziere sollen in einem anderen Internierungslager untergebracht werden.

Der U. und S.-Rat an die Arbeiter der Entente.

Berlin, 15. Nov. (Wolff-Tel.)
An die Völker Frankreichs, Italiens, Englands und Amerikas!

Vier Jahre lang schied der Weltkrieg die Völker in zwei feindliche Lager. Millionen von Menschenleben sind vernichtet, Kulturgüter ohne Zahl fielen der Zerstörung anheim. In allen Völkern lebt die brennende Sehnsucht nach Frieden. In Deutschland waren es die Militärs und die herrschenden Gewalten, die uns in den Krieg hineintrieben und die in unerfährlicher Eroberungslust vom Frieden nichts wissen wollten. Mit eisernem Zwange hielt die Militärdiktatur das deutsche Volk im Innern im Mann, unter unglücklichen Opfern und Verfolgungen hielten die zu leiden, die den Kampf für Frieden und Freiheit auf ihre Bahnen geschrieben hatten. Der Mangel und die Herrschaft der Herrschenden drohte das deutsche Volk der vollständigen Vernichtung zu überliefern. In letzter Stunde raffte es sich auf und warf das unerträglichste Joch von sich. Arbeiter und Soldaten waren es, die in wenigen Tagen der fluchbeladenen Hohenzollernherrschaft und dem ganzen dynastischen System Deutschlands ein Ende machten. Arbeiter und Soldaten waren es, die die Militärdiktatur zerbrachen und die Regierung befeitigten, die die Verantwortung für die Kriegsvollstreckung trug. Arbeiter und Soldaten sind es, die die Freiheit Deutschlands erkämpften. Arbeiter und Soldaten sind es, die dringend Frieden haben wollen. Die anderen Völker haben von dem freibestimmten Deutschland nichts mehr zu befürchten. Wie die Gewaltvollst im Innern, so soll auch die Gewaltvollst nach außen in Deutschland für immer mehr sein. Niemals wieder soll der deutsche Militarismus sein Haupt erheben. Ein friedliches Zusammenleben der Völker, ein allen erwünschter Wirtschaftsverkehr und ein auf den dauernden Frieden und wirklicher Freiheit aufbauender Völkerverbund ist das Ziel der deutschen Arbeiter und Soldaten.

Die Wiederherstellung des aus tausend Tausenden stürzenden Deutschlands, die Neuordnung seines Wirtschafts- und Staatslebens, die Erlösung des Volkes vom Hunger, Entbehrungen und anderen Nöten kann aber nicht geschehen, wenn ihm von den Regierungen der Entente so harte Waffenstillstandsbedingungen auferlegt werden. Wir appellieren daher an das Gerechtigkeit- und Sozialistengefühl der uns bisher feindlichen Völker und reichen ihnen über die Schlingengräben hinweg die Bruderhand. Wir bitten sie, bei ihren Regierungen selbst zu wirken, das deutsche Volk nicht völlig zum Hungertode und politischer Ohnmacht zu verurteilen. Wir bitten die Völker, mit ihrer ganzen Kraft dafür einzutreten, daß der Friede, der da kommt, ein Friede brüderlicher Verständigung ohne jede Eroberungen und Unterdrückungen werde, ein Friede, der jedem Volke das Recht der Selbstbestimmung und der freiesten Entwicklung läßt. Für Arbeiter Frankreichs, Englands, Italiens und Amerikas habt ihr versprochen, daß solcher Friede unser Ziel sei. Bist jetzt Euer Versprechen zur Tat werden. Treitet dafür ein, daß die Waffenstillstandsbedingungen, die Deutschland dem wirtschaftlichen Ruin und dem völligen Hungertode preisgeben, gemildert werden. Treitet dafür ein, daß ein Friede zustande kommt, der den Aufbau einer neuen glücklicheren und friedlicheren Welt ermöglicht, ein Friede, der ein künstliches Völkermorden unmöglich macht.

Als Vertreter des Völkerrates der Arbeiter- und Soldatenräte erheben wir unsere Stimme und bitten Euch, dafür einzutreten, daß das deutsche Volk durch Eure Regierungen nicht zu einem Sklavendasein verurteilt wird. Wir haben uns unsere Freiheit im Innern erkämpft und wollen in Zukunft im Rate der Völker als gleichberechtigte Mitarbeiter treten. Es lebe der Friede! Es lebe die Freiheit! Es lebe der internationale revolutionäre Sozialismus! Der Völkerrat der Arbeiter- und Soldatenräte. Wolfenbüttel, Rich. Müller.

